

ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Oktober 2004

KOMMENTAR

Welche Faktoren locken Auslandsfirmen in die Slowakei? von Marek Jakoby (jakoby@mesa10.sk)

Verfügbare Informationen über die Motivation der Investoren, in der Slowakei Investitionsprojekte zu starten, weisen auf die folgenden wichtigsten Faktoren hin (nicht nach Wichtigkeit gereiht):

1. Günstiges Verhältnis von Preis und Qualität der Arbeitskraft im Vergleich zur Produktivität
2. Günstige geografische Lage mit effizientem Zugang auf wichtige dynamisch wachsende Märkte
3. Günstige Steuerbelastung

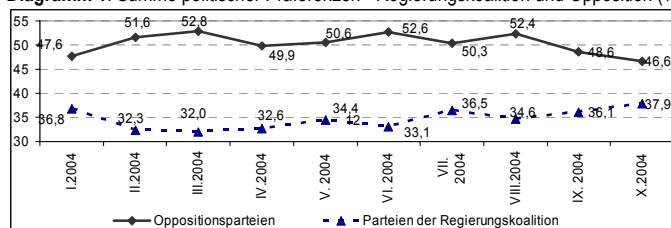
Die Berücksichtigung dieser Faktoren in Kombination mit dem eigenen Know-how, Technologien u.ä. ermöglicht den Investoren, ihre relative Konkurrenzfähigkeit im europäischen Raum zu halten, gegebenenfalls auch zu steigern. Unter den wichtigsten Faktoren ist bislang das erwartete langfristig haltbare Wirtschaftswachstum der SR, welches Unternehmen verleiten sollte, sich um die Produktion für den heimischen Markt der Endverbraucher zu interessieren, nicht enthalten. Es scheint jedoch, dass die Marktgröße Investoren in diesem Bereich vor diesem Vorhaben abbringt. Die Slowakei wird jedoch eindeutig für eine Drehscheibe zur Bedienung der Märkte ganz Mittel- und Osteuropas gehalten.

Es ist auch interessant zu verfolgen, welche Bedeutung die laufenden Reformen für Investoren haben. Von diversen internationalen Institutionen wird die Slowakei für die angegangenen Reformen gelobt und die Bewertung des Landes im Bereich Unternehmensmilieu wird laufend angehoben. Zuletzt erfolgte dies seitens der Internationalen Finanzkorporation (IFC), welche die Slowakei zum reformfreudigsten Land des Jahres 2004 erklärte (siehe näher im SMB 9/2004). Gemeinsam mit Litauen hat sich die Slowakei in die Gruppe der 20 Länder mit den besten Unternehmensbedingungen durchgearbeitet. In den Stellungnahmen von Unternehmen, die sich entschieden haben in der Slowakei zu investieren oder die einem solchen Gedanken gewogen sind werden vor allem zwei Reformen erwähnt:

1. Die Steuerreform inklusive Einführung der 19% Flat-Tax und einer Vereinfachung der Steuergesetzgebung
2. Reform des Arbeitsrechts, insbesondere im Bereich einer besseren Flexibilität arbeitsrechtlicher Beziehungen – z.B. des Abschlusses und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Überstundenmöglichkeiten ... sowie die beschränkten Befugnisse der Gewerkschaften*

*Dieser Faktor war zum Beispiel auch im Fall der Verlagerung eines Teils der PKW Produktion der Marke SEAT aus Spanien in den Volkswagen Betrieb in Bratislava Anfang 2003 entscheidend. Nach Zugeständnissen spanischer Gewerkschafter kehrt laut Information der Wochenzeitung TREND die Produktion des SEAT Ibiza Modells in der ersten Hälfte 2005 wieder in den Betrieb in Martorelli zurück.

Diagramm 1: Summe politischer Präferenzen - Regierungskoalition und Opposition (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Welche Faktoren locken Auslandsfirmen in die Slowakei?.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Für die Regierungskoalition begann die zweite Halbzeit.....2
Die Unantastbarkeit der Steuerreform als Bedingung bei der Bildung künftiger Koalition.....2
Dramatisch aussehender Streit hat der Koalition nicht ernsthaft geschadet.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

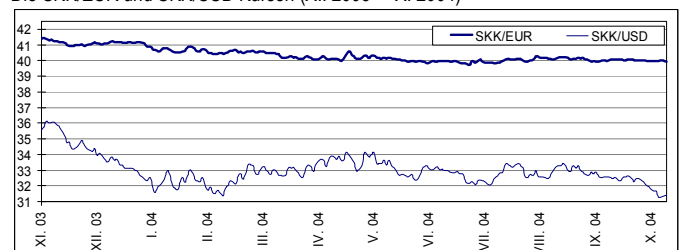
Die Regierung verabschiedete die Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags.....3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.....3
BIP4
Industrie und Handel4
Inflation4
Arbeitsmarkt4
Staatshaushalt4
Ausländische Investitionen.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (XI. 2003 – X. 2004)



Quelle: NBS

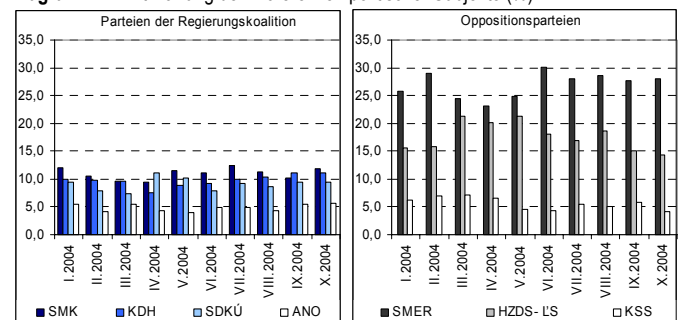
	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	5,2
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,5
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	33,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,2

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 2: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Für die Regierungskoalition begann die zweite Halbzeit

Die zweite Regierung von Mikuláš Dzurinda hat die Halbzeit ihres Regierens hinter sich gebracht. Entscheidendes Ergebnis der ersten Hälfte der Regierungszeit ist neben der erfolgreichen Vollendung der wirtschaftlichen Integration in die EU auch die Verabschiedung der „kritischen Masse“ von Veränderungen im wirtschaftlichpolitischen Rahmen. Als kritische Masse sind sie deshalb zu nennen, weil es um eine Häufung von Änderungen ist, welche die Qualität des wirtschaftlichen Milieus nachhaltig prägen könnte. Dadurch entledigt sich die slowakische Wirtschaft der Reste früherer Deformationen. Die zweijährige Offensivpolitik dieser Regierung wäre nicht möglich gewesen, hätte nicht die vorangegangene – erste Regierung von M. Dzurinda die Spielregeln in der Wirtschaft bereinigt und zur Einführung von Elementarregeln der Marktwirtschaft beigetragen (obwohl diese nicht das Potenzial zu den jetzigen anspruchsvollen Reformen hatte).

In der kommenden Phase sollte die Regierung ihre Kräfte wohl auf die Nachbesserung ihrer Reformen konzentrieren, sodass ihre Wirkung auch optimal ist. Die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist aus politischer Sicht für die Inangriffnahme neuer einschneidender Reformen nicht attraktiv genug, es wird wohl eher eine Phase der Bewertung ihrer Auswirkungen und ihrer Korrekturen sein. Die Regierung konzentriert sich wahrscheinlich auch auf die sozialen Folgen und deren Korrekturen, da nicht nur die Funktionstüchtigkeit des neuen Wirtschaftsprinzips, sondern auch dessen politischer Erfolg eine große Rolle spielen wird. Eine grundsätzliche Reform ist aber nur in Form von Teilmaßnahmen erfolgt: Es ist dies die Bildungsreform. Die Umsetzung wird jedoch notwendig sein, falls die slowakische Wirtschaft weiterhin auf Innovation basieren soll.

Dieser Annahme entsprechen auch die Schlüsse der Sitzung des SDKÚ-Zentralrates (welche die führende Rolle der Regierungskoalition hat), nach denen sich die SDKÚ in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode um eine Feinabstimmung der verabschiedeten Reformen in der Praxis bemühen wird und bei der Durchsetzung der Reform des Hochschulwesens helfen wird.

Die Unantastbarkeit der Steuerreform als Bedingung bei der Bildung künftiger Koalition

Der Übergang in die zweite Hälfte der Amtszeit der Regierung bringt mehr und mehr Spekulationen über künftige Koalitionen landesweit und auf Regionalebene mit sich. Aus gut nachvollziehbaren Gründen wachsen außerdem auch Befürchtungen um das künftige Schicksal der von der jetzigen Regierung implementierten Reformen.

Die SDKÚ präsentierte einen bemerkenswerten Standpunkt: Durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden und Finanzminister Ivan Mikloš ließ sie verlautbaren, dass die SDKÚ nicht bereit sei, über eine Koalition mit einer Partei zu diskutieren, die eine kategorische Forderung nach einer Rücknahme der Steuerreform vorlegen würde. Laut Mikloš ist gerade die Unantastbarkeit der Steuerreform eine

Schlüsselbedingung bei Verhandlungen über eine Koalition nach den Wahlen. Der Bezug auf die Steuerreform ist im Grunde genommen verständlich – es geht um eine vom Finanzministerium umgesetzte Reform – einem vom Nominanten der SDKÚ geführten Ressort (obwohl die KDH als erste mit dem Entwurf einer solchen Reform gekommen ist).

Einen radikalen Standpunkt zur Steuerreform vertritt die Oppositionspartei Smer, die kein Hehl daraus macht, die Steuerreform aufzuheben und eine progressive Besteuerung in der kommenden Legislaturperiode einzuführen. Die zweite große Oppositionspartei – HZDS – hat keine dermaßen ausgeprägte Meinung zum Steuersystem und behält sich offenen Raum für Verhandlungen mit der jetzigen Regierungskoalition. Die HZDS kritisiert zwar mittels seines Vizevorsitzenden und früheren Finanzministers Sergej Kozlik die Steuerreform auf bemerkenswerte Weise, behauptet aber gleichzeitig, dass sich die negativen Folgen dieser Reform „allmählich auflösen“.

Die HZDS scheint zur Zeit als wahrscheinlicherer Partner für die Regierungskoalition (oder zumindest einen Teil davon) zu sein als Smer (und nicht nur wegen der Steuerreform). Aus Sicht eines ausländischen Beobachters kann dies als ein schwer zu begreifendes Paradox erscheinen: Die Regierung arbeitet besser mit ihrem einstigen Hauptgegner in Gestalt der Mečiar – HZDS (die vorher den Ausschluss der Slowakei aus dem europäischen Integrationsprozess verursachte) zusammen, als mit einer Partei, die von einer relativ jüngeren Politikergeneration geführt wird (und deren Vorsitzender früher gemeinsam mit den heutigen Koalitionspolitikern gerade gegen den Regierungsstil der HZDS auftrat). Wenn wir jedoch von der Werteskala absehen (von der ist bei der Analyse der politischen Entwicklung in der Slowakei noch immer oft abzusehen), ist diese Haltung der Koalition verständlich: Die Koalition ist am politischen Überleben der gerade in der laufenden Legislaturperiode umgesetzten Reformen interessiert und der Standpunkt der HZDS scheint weniger destruktiv zu sein.

Dramatisch aussehender Streit hat der Koalition nicht ernsthaft geschadet

Ende Oktober kam es in der Regierungskoalition zu einer dramatischen Auseinandersetzung und einer nachfolgenden Aussöhnung. Nach gegenseitigen Beschuldigungen wegen Koalitionsverrat sind die Regierungspolitiker übereingekommen, dass die Streitigkeiten in der Koalition nicht so ernst sind, dass sie ein weiteres Regieren behindern.

Das Szenario der Regierungstreitigkeiten ist dabei immer fast dasselbe: Nach einem unerwarteten Schritt eines der Koalitionssubjekte folgt ein emotionaler Schusswechsel der Politiker, gefolgt von einer Aussöhnung nach dem Treffen

des Koalitionsrates. Anlass hierfür war diesmal die Verbindung der Koalitionspartei SDKÚ mit der oppositionellen HZDS bei der Abstimmung über die Umstrukturierung des Staatsunternehmens Lesy SR (Wald- und Forstwirtschaft der SR – Bem. d. Übers.) (gegen die Interessen des Koalitionspartners SMK), weiters die Abstimmung der SMK mit der Opposition über die Entstehung des Umweltfonds (was unerwartete Probleme mit der benötigten finanziellen Abdeckung mit sich brachte), der Verdacht der KDH auf Zusammenarbeit von SDKÚ und HZDS (SDKÚ lehnt weiterhin solche angeblichen Spekulationen ab). Zur Spannung trugen wohl auch Bemühungen um die Bildung von Koalitionen auf Regionalebene aus Koalitions- wie Oppositionsparteien mit dem Ziel, den Einfluss der Partei der ungarischen Koalition in Gebieten mit gemischter Bevölkerung zurückzudrängen.

Der Vorsitzende des Parlaments Pavol Hrušovský (KDH) äußerte zudem Überraschung über die Vorgangsweise von SDKÚ, die seiner Ansicht nach wahrscheinlich künftige Koalitionspartner in den Reihen der heutigen Opposition sucht.

Die Führer der der Regierungsparteien trafen auf einer Sondersitzung des Koalitionsrates den Beschluss, künftig im Parlament nicht gegen den Willen eines der Koalitionspartner zu stimmen. Egal wie instabil die Beziehungen in der Koalition auch seien, so ist sich jede Koalitionspartei bewusst, dass es keine reale politische Alternative gebe.

Die Koalitionsparteien haben es wohl gelernt, mit einem reduzierten Maß gegenseitigen Vertrauens zu leben. Es ist möglich, dass die Konflikte mit dem nahenden Termin der Wahlen theatralischer werden, da die Parteien vor den Wahlen das Bedürfnis nach Präsentation haben und auf ihre Unterschiede aufmerksam machen wollen.

Das überwiegend aus ehemaligen Mandataren der Regierungskoalition bestehende Freie Forum definierte sich auf seiner Oktoberversammlung als Mittlerechtspartei, die ihre Unterstützung auf die Mittelklasse der Bevölkerung ausrichtet. Unterdessen hat es eine konsequentere Oppositionspolitik angekündigt. Diese konsequentere oppositionelle Politik soll jedoch drolligerweise zur besseren Kontrolle der Umsetzung des Regierungsprogramms führen. In einer Koalition nach den Wahlen wäre das Freie Forum am liebsten zusammen mit den jetzigen christlichdemokratisch orientierten Parteien KDH und SMK. Die Stillisierung des Freien Forums in die neue Rolle der noch mehr oppositionellen, jedoch dafür gleichermaßen wenig lesbaren Partei muss jedoch keine dramatischen Folgen auf die Stabilität der Regierung haben, da sich die Minderheitsregierung eher auf die Unterstützung von unabhängigen Abgeordneten und einigen Mandataren der Oppositionsparteien stützt. Die Regierungskoalition hat kurioserweise eher die Unterstützung unabhängiger Abgeordneter – ehemaliger Mitglieder von Oppositionsparteien als von ehemaligen Mitgliedern der Koalitionsparteien (die im Freien Forum vereint sind).

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Die Regierung verabschiedete die Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags

Die Regierung verabschiedete den Text der ersten europäischen Verfassung, was jedoch nicht bedeutet, dass sie von den politischen Parteien als einwandfrei angesehen wäre. Der interne Koalitionskampf um die Form ihrer Ratifizierung dauert ständig an.

Nach den meisten Parlamentsparteien ist eine drei Fünftel Mehrheit der Abgeordneten des Nationalrates der SR und die Ratifizierung durch den Staatspräsidenten ausreichend. Eine unterschiedliche Ansicht vertritt jedoch das Justizministerium unter Führung von Minister Daniel Lipšic, nach dessen Standpunkt durch die Verfassung die EU zum Staatsgebilde wird. Aus politischer Sicht wird eine Volksabstimmung über die Europaverfassung nur von der Christlichdemokratischen Bewegung (KDH) verlangt, die Vorbehalte gegen ihren Inhalt bekundet. Die Minister der KDH enthielten sich bei der Verabschiedung der Unterzeichnung der Europaverfassung durch die Regierung der Stimme.

Laut Vertreter der KDH gefährde die europäische Verfassung die Souveränität der Länder und enthalte nicht den Hinweis auf das christliche Erbe in der Präambel. Bei ihren Bemühungen um das Abhalten einer Volksabstimmung kann die KDH nur mit der Unterstützung der Kommunistischen Partei der Slowakei rechnen, die ansonsten ihr prägnantester ideologischer Gegner ist.

Erwartungsgemäß bevollmächtigte Staatspräsident Ivan Gašparovič Premierminister Mikuláš Dzurinda und Außenminister Eduard Kukan zur Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrages. Die Nichtteilnahme des Präsidenten an der Unterzeichnung soll nicht als Signal seiner Ablehnung des Verfassungstextes sein, der Präsident verzichtete auf die Unterzeichnung, weil er dies sowieso nach deren Verabschiedung durch den Nationalrat der SR tun wird müssen. Die meisten EU-Mitgliedsländer planen eine Ratifizierung in ihren nationalen

Parlamenten, einige Länder planen jedoch Volksabstimmungen. Das Dilemma der Ratifizierung muss auch die slowakische politische Repräsentanz bis zum 1. November 2006 lösen, soll die europäische Verfassung gelten. Wir nehmen nicht an, dass die Bemühungen um eine Volksabstimmung Erfolg hätten. Die meisten politischen Parteien sind sich des ernstesten Risikos eines solchen Schrittes bewusst. Es ist nämlich sehr wahrscheinlich, dass die Volksabstimmung wegen der traditionsgemäß niedrigen Teilnahme der slowakischen Bürger an Referenden ungültig wäre und die Gültigkeit desselben einen enormen politischen Einsatz erfordern würde, insbesondere wenn es um ein Problem geht, das die meisten Bürger nicht verstehen (es ist nicht wahrscheinlich, dass ein solch kompliziertes Dokument von breiten Bevölkerungsschichten beurteilt werden könnte) und diesem keine große Bedeutung beimessen werden. Die Ratifizierung durch das Parlament erscheint damit als ein wesentlich leichter und sicherer Weg.

Unternehmen und Umstrukturierung

Kontrolle der Preispolitik von Slovnaft durch Finanzministerium begonnen

Das Finanzministerium (FM) der SR begann mit einer Kontrolle der Preispolitik der Slovnaft Raffinerie. Bereits in den vorangegangenen Monaten bekundete das FM der SR seine Bedenken über die Korrektheit der Preispolitik von Slovnaft. Das Ministerium verdächtigte Slovnaft, dass der Preisanstieg von Brennstoffen auf dem Inlandsmarkt nicht nur Resultat des steigenden Rohölpreises, sondern auch der steigenden Handelsspanne von Slovnaft ist.

Bei der Kontrolle wird es vor allem um die Überprüfung der Großhandelspreise gehen. Um die Kontrolle durchführen zu können, brauchte das FM der SR die Stellungnahme des Kartellamtes der SR über die dominante Position von Slovnaft auf dem heimischen Markt. Eine solche Stellungnahme war bereits erfolgt, für das Ministerium gibt es damit laut Gesetz über Preise kein Hindernis mehr für das Eingreifen in die Preispolitik des marktbeherrschenden Unternehmens.

Dieser Kontrolle war ein Kompetenzkampf des Ministeriums mit dem Kartellamt der SR vorausgegangen, in dem jede der genannten Institutionen eine Initiative von der jeweils anderen (siehe Kommentar im Monatsbericht 09/2004) erwartete. Die Gesamtkontrolle wird vom Ressort auf Druck der Öffentlichkeit und Veranlassung des Straßenfrachtführerverbandes der Slowakei ČESMAD, der auf den Missbrauch der marktbeherrschenden Position von Slovnaft hingewiesen hatte. Unternehmer in der SR verlangen bereits seit längerem, dass der Staat die Preispolitik der Raffinerie Slovnaft strenger beaufsichtigen soll.

Slovnaft argumentiert damit, dass seine Preisbildung nur der Entwicklung auf dem Rohölweltmärkten folgt und steht voll hinter ihrer Meinung, wonach es zu keinem Missbrauch der Marktposition käme. Gerade am

Tag, an dem die Kontrolle angekündigt wurde, hat die Raffinerie die Treibstoffpreise gesenkt.

Außer der Preiskontrolle reagierte die Regierung auch mit dem Entwurf einer Änderung des Preisgesetzes und des Gesetzes über Wettbewerbschutz. Falls sie vom Parlament bestätigt werden, erlangt das Kartellamt der SR neue Befugnisse bei der Beurteilung sog. unangemessener Preise.

Der Verkauf der SE kompliziert sich

Der Verkauf der Slovenské elektrárne (Slowakische Elektrizitätswerke – SE) komplizierte sich, da das Wirtschaftsministerium mit dem Sieger der Ausschreibung – der italienischen Gesellschaft Enel – nur einem minimalen Fortschritt bei den Verhandlungen erzielte. Deshalb entstanden Überlegungen über Verhandlungen mit dem Zweitplatzierten (das war die tschechische Gesellschaft ČEZ), bzw. über die Einstellung des Privatisierungsprozesses und seiner Wiedereröffnung in einigen Monaten. Der Termin für den Abschluss der Verhandlungen war ursprünglich für den 21. November festgelegt, das Wirtschaftsministerium ist gezwungen, eine Terminverlängerung durchzusetzen. Obwohl das Ministerium die strittigen Bereiche nicht offiziell mitteilte, besteht nach inoffiziellen Informationen eines der Probleme darin, dass der Staat durch den Aufsichtsrat, wo er die Mehrheit verlangt, Kontrollfunktionen in der SE aufrecht erhalten möchte. Es entsteht das Problem, was für ein Quorum für welche Beschlüsse im Aktionärsvertrag vereinbart wird. Die slowakische Seite möchte erreichen, dass sie über den Aufsichtsrat zum Beispiel die Forderung nach der Erhaltung der Produktionskapazitäten der SE durchsetzen kann.

Wirtschaftsministerium möchte den privatisierten Teil von Transpetrol zurückkaufen

Wirtschaftsminister Pavol Rusko verkündete die Absicht, den 49%-igen Anteil an der Gesellschaft Transpetrol (Rohölbeförderer) zurückzukaufen, der vor drei Jahren von der Regierung an die russische Gesellschaft Jukos verkauft wurde.

Es geht um einen ungewohnten Rückkauf vom privatisierten Eigentum, der durch das Risiko der Pleite der Gesellschaft Jukos motiviert ist.

Die Ausschreibung über den Verkauf des staatlichen 49%-igen Aktienpakets der AG Transpetrol, a.s. verkündete die Regierung am 31. Mai 2001. 19 Gesellschaften bekundeten damals Interesse an den Aktien, 6 davon legte vorläufige Angebote vor. Außer des zweitgrößten russischen Rohölproduzenten hatten auch Slovnaft, die russischen Konzerne Rosneft, Surgutneftegas, die tschechische Česká rafinérská společnost sowie der amerikanische Konzern Texaco Angebote vorgelegt. Der Vertrag über die Übernahme des 49%-Anteils der Gesellschaft Transpetrol a.s. für 74 Millionen USD wurde im Januar 2002 unterzeichnet.

Nach dem Rückkauf soll der Anteil in Transpetrol sofort an einen anderen Interessenten angeboten werden, der Staat hat weder Grund noch die Absicht, diesen als Staatseigentum zu behalten. Es ist sogar ein weiterer Verkauf eines noch größeren Aktienpaketes als der 49% möglich. Die Vertreter von Jukos haben bisher auf die Vision des Wirtschaftsministers nicht reagiert, eine Verpflichtung von Jukos, den Anteil an Transpetrol gerade an die slowakische Regierung zu verkaufen, gibt es jedoch nicht. Die Veröffentlichung dieses Vorschlags ohne Besprechung in der Regierung, die über diese Transaktion entscheiden muss, ist wahrscheinlich ein ungeeigneter Schritt des Wirtschaftsministers.

BIP**Im Konvergenzprogramm wird ein potenzielles BIP-Wachstum vom 5,0% bis 2007 erwartet**

Das Finanzministerium (FM SR) veröffentlichte das aktualisierte Konvergenzprogramm der Slowakischen Republik für die Jahre 2004 bis 2010. Das MF SR erhöhte hier das prognostizierte Tempo des Wirtschaftswachstums, und zwar aufgrund der Angaben über die derzeitige Entwicklung der Wirtschaft der SR und der von der Europäischen Kommission und der

OECD erarbeiteten aktuellen Vorhersagen externer Umgebung.

Nach dem Konvergenzprogramm wird erwartet, dass das potenzielle Wachstum der slowakischen Wirtschaft im prognostizierten Horizont bis 2007 ein Niveau von rund 5,0% erreicht. Die erwarteten Jahreswerte werden sich rund um diesen potenziellen Wert im Bereich von 4,5% bis 5,4% bewegen. Hauptquellen des

Wachstums sollte das Produktivitäts- und Kapitalwachstum sein, jedoch auch eine mäßige Beschäftigungssteigerung.

Das prognostizierte Wachstumstempo ergibt zusammen mit der Verringerung der Inflationsdifferenz (wenn die Inflationsrate in der SR auf das in der EU übliche Niveau absinken wird) gute Aussichten für den Prozess der realen Konvergenz.

Inflation**Desinflation über Erwartungen**

Der Verbraucherpreisspiegel hat sich im September gegenüber dem Vormonat nicht geändert. Das zwischenmonatliche Nullwachstum des Preisspiegels war ein Ergebnis des Anstiegs regulierter Preise um 0,6% und einer Senkung der in der Kerninflation enthaltenen Posten um 0,2%. Die zwischenmonatliche Stabilität des gesamten Preisspiegels kam auch einem merklichen Rückgang der zwischenjährlichen Inflation

auf 6,7% zugute (im Juli betrug sie noch 8,5%) sowie der Kerninflation auf 2,6%. In neun Monaten des Jahres stiegen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 8,0%.

Die Nationalbank der Slowakei hält bereits den zweiten Monat hintereinander fest, dass die Entwicklung des Preisspiegels günstiger ist als erwartet wurde. Das würde darauf hindeuten,

dass die von uns gewählte Inflationsprognose auf niedrigerem Niveau als die von der Nationalbank richtig sein kann. Die wachsende Rolle der Konkurrenz auf dem Einzelhandelsmarkt wird von uns im zweiten Halbjahr 2004 für ziemlich wichtig gehalten. Davon erwarten wir eine Wirkung in Richtung Desinflation.

Arbeitsmarkt**Anzeichen für Belebung der Beschäftigung**

Die Arbeitslosenrate erreicht den unteren Knickpunkt, im September und Oktober ist das Niveau immer am niedrigsten. Im September erreichte die registrierte Arbeitslosenrate laut Arbeitsämtern 13,1%, um 0,7% weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Es ist wahrscheinlich, dass im Oktober die Arbeitslosenrate noch ein wenig sinkt und das Niveau von 13% oder noch weniger erreichen kann.

Aufgrund der Entwicklung der monatlichen Beschäftigungsindexe in ausgewählten Branchen ist mit großer Vorsicht von der Annahme auszugehen, dass die Beschäftigungsentwicklung im dritten Quartal etwas günstiger sein könne als im ersten und zweiten Quartal (als die Beschäftigung um 0,1%, bzw. um 0,8% sank). In den Juli- und Augustangaben ist eine mäßige Verbesserung in

der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bereich Immobilien, Vermietung und Handelsdienstleistungen zu sehen. Trotzdem gestatten die kumulierten Resultate der ersten acht Monate keinerlei Möglichkeit für mehr Optimismus. Wahrscheinliches Ergebnis in puncto Beschäftigungswachstum im Gesamtjahr 2004 wird ein an die Null grenzender Wert sein.

Staatshaushalt**Staatshaushalt endete im Oktober mit einem Defizit von 30,528 Mld. Sk**

Der Staatshaushalt endete im Oktober mit einem Defizit von 30,528 Mld. Sk, was 38,89% des Jahresplans beträgt. Dieses Resultat kann ein gutes Zeugnis vom Wirtschaften des Staates sein, jedoch auch vom „Drosseln“ der Ausgaben, die schließlich in den letzten zwei Monaten des Jahres 2004 freigegeben werden. Das Defizit äußerte sich bei Einnahmen von 198,858 Mld. Sk – dies stellt 84,44% Einnahmen des Staatshaushaltjahresplanes dar. Der größte Teil der Einnahmen bildete die MWSt, und zwar 81,818 Mld. Sk – das sind 83,74% verabschiedeter Einnahmen des Staatshaushaltes aus der MWSt. Die Ausgaben erreichten bis Ende Oktober die Höhe von 226,386 Mld. Sk, was 72,92% des Jahresplanes beträgt.

Ausgaben des Staatsbudgets um 10,5 Mld. Sk aufzustocken wurde schließlich eine Steigerung um 3,165 Mld. Sk ohne weitere Erhöhung des öffentlichen Finanzdefizits, das 2005 3,4% des BIP erreichen wird, ein Hauptziel der SDKÚ, beschlossen. Von diesen Geldern erhält das Gesundheitsministerium (1,55 Mld. Sk) das Meiste. Die KDH focht für ihre Ministerien und den Steuerbonus insgesamt 1,285 Mld. Sk aus, die SMK erreichte, dass die Subventionen aus dem Budget für die Bauern von den ursprünglich vorgeschlagenen 42,5% des EU-Durchschnitts auf 54% erhöht werden. In bar ausgedrückt beträgt dies 330 Mil. Sk. Die restlichen 280 Mil. Sk sollten für den Hochwasserschutz vor allem in der Ostslowakei verwendet werden.

2004. Das Defizit sollte bei Einnahmen in erwarteter Höhe von 285,556 Mld. Sk erreicht werden. Den größten Teil bilden Steuereinnahmen – 70,73% der Gesamteinnahmen des Staatsbudgets. Die Ausgaben sind laut Entwurf in 43 Kapiteln im Gesamtbetrag von 320,08 Mld. Sk eingeteilt. 86,75% aller Ausgaben des Staatshaushalts 2005 sollten laufende Ausgaben sein. Deren prozentuelle Abdeckung durch Steuereinnahmen sollte 72,74% betragen, was um fast 1% weniger ist als beim beschlossenen Budget für 2004.

Das vorgeschlagene Staatsbudget 2005 sollte expansiv sein, deshalb wird hier ab dem 1. Juli 2005 mit einer Gehaltserhöhung für Zöllner um 4%, Staatsangestellte um 5% und Postenzulagen von Mitarbeitern in den Sicherheitsressorts um 5% gerechnet. Nicht einbezogen dagegen ist der Beitrag für Hypothekenkreditnehmer, dessen Höhe vom Gesetz auf 0% festgesetzt werden sollte.

Budget für 2005

Am 13. Oktober verabschiedete die Regierung den neuen Staatshaushalt für 2005. Nach den Forderungen von drei Koalitionsparteien (ANO, KDH, SMK), die

Das von der Regierung beschlossene Budget 2005 rechnet mit einem Defizit von 61,523 Mld. Sk (in bar ausgedrückt). Das ist um 16,972 Mld. Sk weniger als im vorgeschlagenen Budget

Ausländische Investitionen**Automobilwerkzulieferer investieren in West- und Mittelslowakei**

Nach Angaben der Presseagentur TASR hat sich der deutsche Continental Teves für den Bau einer Produktionsstätte zur Herstellung von Bremskomponenten mit einer Investition von rund 55 Mil. EUR in Zvolen entschieden, während die amerikanische Gesellschaft Johnson Controls die Absicht verkündet hat, in Lučenec 25 Mil. EUR in die Produktion von PKW-Sitzen zu investieren. Continental plant nach zugänglichen Informationen bis 2009 510 Leute einzustellen, Johnson Controls rechnet mit 309 Arbeitsplätzen. Der deutsche Konzern Continental ist

bereits im gemeinsamen Unternehmen mit der Firma Matador Púchov im Geschäft, Johnson Controls erzeugt schon seit ein paar Jahren Autositze für Volkswagen in Bratislava.

Die Informationen von SARIO im Oktober haben gleichzeitig eine bereits früher angekündigte Absicht einer weiteren deutsch-amerikanischen Gesellschaft Visteon Corporation angekündigt, in Nitra Kapazitäten zur Produktion von Klimaanlage und Innenzubehör für 40 Mill. EUR aufzubauen und 400 Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Produktionsbetrieb des österreichischen Konzerns MIBA AG schafft bis 2006 150 Arbeitsplätze im Gewerbepark Vrable. Dieser Betrieb soll sich laut verfügbarer Informationen mit der Produktion von Stahllamellen für Kupplungs- und Bremsbeläge von Schwerfahrzeugen beschäftigen, die aus dem britischen Sheffield hierher übertragen wird. Nach Teleflex ist MIBA die zweite Firma im Gewerbepark Vrable, die für eine der am besten für die Slowakei vorbereiteten Firmen gehalten wird.